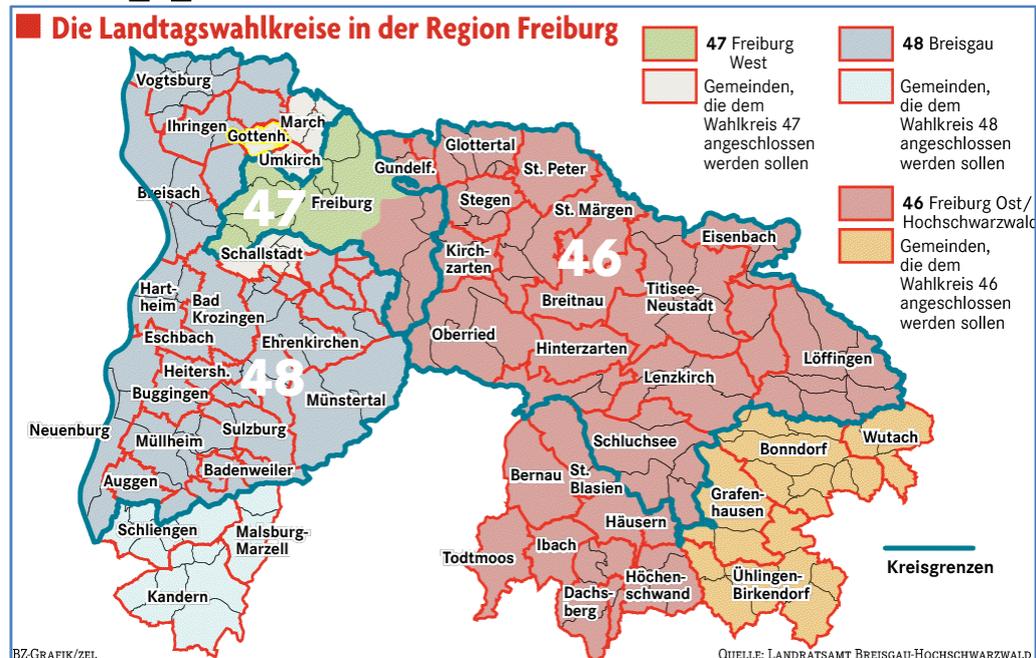


Wahlkreis-Flickenteppich wird noch bunter

Von BZ-Redakteur **Franz Dannecker**

FREIBURG. Wenn es gerecht zugehen soll und Kandidaten die gleichen Chancen haben sollen, dann sollten Wahlkreise möglichst gleich viele Wahlberechtigte haben. Weil die Landtagswahlkreise unterschiedlich groß sind, hat sich der Landtag zu einer Wahlkreisreform entschlossen. Von der sind auch die drei Wahlkreise im Raum Freiburg betroffen. Zwei Wahlkreise profitieren von der Reform, weil sie größer werden sollen. Der Nachteil: Noch mehr als bisher weichen die Wahlkreise von den gewachsenen Verwaltungsgrenzen ab.



In Baden-Württemberg gibt es insgesamt 70 Landtagswahlkreise, in denen insgesamt 120 Abgeordnete gewählt werden. In jedem Wahlkreis wird ein Direktmandat vergeben, die restlichen Sitze werden entsprechend den Stimmenanteilen der Parteien verteilt. Auf die absolute Zahl der Wähler in einem Wahlkreis kommt es bei der Vergabe der Zweitmandate an. Stehen einer Partei innerhalb eines Regierungsbezirks mehr Sitze zu, als sie an Direktmandaten errungen hat, dann werden die weiteren Sitze innerhalb des Regierungsbezirks in der Reihenfolge ihrer absoluten Stimmzahlen zugeteilt.

Die Wahlkreise des Landes hatten bei der letzten Wahl im Frühjahr 2006 durchschnittlich 107 385 Wähler. In 23 Wahlkreisen weicht die Zahl der Wähler um mehr als 15 Prozent von diesem Durchschnitt nach oben oder unten ab. Durch die Reform, von der insgesamt 37 Wahlkreise betroffen sind, soll ein möglichst weitgehender Ausgleich erreicht werden. Nach der Verfassung darf die Abweichung höchstens plus/minus 25 Prozent betragen. Ein Wahlkreis soll "ein zusammengehöriges Ganzes" bilden, an wirtschaftliche und kulturelle Gegebenheiten anknüpfen, die Wahlkreisgrenzen sollen sich mit den übrigen Verwaltungsgrenzen decken, und es soll "eine gewisse Wahlkreiskontinuität" gewahrt werden.

Diese Kriterien sind bei den drei Wahlkreisen in der Region Freiburg nur bedingt erfüllt. So umfasst zum Beispiel der Wahlkreis 46 Freiburg Ost/Hochschwarzwald sowohl einen Teil der Stadt Freiburg, den östlichen Teil des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald und noch sieben Gemeinden im Landkreis Waldshut. Werden die Vorschläge, die das Innenministerium jetzt Landtagspräsident Peter Straub vorgelegt hat, in Gesetzesform gegossen, dann wird der Flickenteppich noch bunter.

So soll der Wahlkreis 46 um die vier Gemeinden Bonndorf, Wutach, Grafenhausen und Ühlingen-Birkendorf aus dem Landkreis Waldshut mit insgesamt 11 282 Wahlberechtigten erweitert werden und so auf 123 176 Wahlberechtigte anwachsen. Der Wahlkreis Waldshut hat mehr als 132 000 Wahlberechtigte und soll verkleinert werden.

Mit etwa ebenso vielen Wahlberechtigten ist auch der Wahlkreis Lörrach zu groß, weswegen er insgesamt 10 723 Wahlberechtigte in den Gemeinden Kandern, Malsburg-Marzell und Schliengen an den Wahlkreis 48 Breisgau abgeben soll, der bisher den westlichen und südlichen Teil des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald umfasst. Weil der Wahlkreis 48 aber ohnehin ziemlich groß ist (125 027 Wahlberechtigte), der Wahlkreis 47 Freiburg West (98 795 Wahlberechtigte) aber zu klein, soll auch hier die Grenze zwischen Stadt und Landkreis übersprungen werden. Der Freiburger Wahlkreis 47 soll die Landkreismunicipalitäten March (6626 Wahlberechtigte), Umkirch (3873), Gottenheim (1884) und Schallstadt (4374) dazubekommen. Damit würde der städtische Wahlkreis 47 um 16 757 Wahlberechtigte auf 115 552 Wahlberechtigte anwachsen, der ländliche Wahlkreis 48 würde per Saldo um 6034 Wahlberechtigte auf 118 993 Wahlberechtigte verkleinert.

An den Stimmenanteilen der Parteien würde sich durch diese Änderungen nicht viel ändern. So würde zwar die Freiburger CDU durch die Einbeziehung der Umlandgemeinden etwas besser abschneiden, doch mehr als einen Prozentpunkt machen die Veränderungen nirgendwo aus.

Die Verschieberei der Gemeinden dürfte noch manchen Protest provozieren. So bedauert zum Beispiel Volker Kieber, Bürgermeister von Gottenheim, dass durch die Reform sein Bürgermeistersprengel gesprengt würde. "Es gäbe einen Bruch in der Kommunikation", sagt er, die 13 Bürgermeister, die bisher gut zusammenarbeiten, könnten ihre Forderungen nicht mehr gemeinsam transportieren. Auch Christoph Bayer, SPD-Landtagsabgeordneter im Wahlkreis Breisgau, ist nicht glücklich: "Es ist ausgesprochen ungünstig, wenn ein Wahlkreis auf mehrere Landkreise verteilt ist, das erschwert die politische Arbeit enorm".